

[22.03.2011]

Pressekonferenz mit Unterrichtsminister Oliver Paasch

Schulbesuch bald billiger ?

Laut Menschenrechtsverordnung der UNO hat jeder Mensch das Recht auf Bildung. In der Wirklichkeit sieht dies aber oft ganz anders aus.

Bücher und andere Unterrichtsmaterialien müssen meist von den Eltern zumindest teilweise bezahlt werden. Auch Schulausflüge und -reisen können von den Eltern oftmals nicht finanziert werden, was für die betreffenden Kinder einen sozialen Nachteil darstellt und sich negativ auf die Schulleistung und die Klassengemeinschaft auswirkt. Aus diesem Grund will das Unterrichtsministerium der DG eine Liste der Schulbesuchskosten erstellen, an welchen sich die Eltern in Zukunft nicht mehr beteiligen müssen.

Um diese Kostenpunkte zu erfassen, schickt das Ministerium eine Umfrage an 1000 zufällig ausgesuchte Familien in der DG. Allerdings achtete man auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Norden und Süden der DG, Schule und Unterrichtsform. Der Fragebogen ist in drei Teile gegliedert: Der erste befasst sich mit den allgemeinen Angaben der Befragten, der zweite ermittelt die einzelnen Kostenpunkte, die in verschiedene Kategorien gestaffelt sind und im dritten Teil können die Befragten Bemerkungen machen. So erhält man einen guten Überblick über die Ausgaben der Familien in der DG, denn diese 1000 Befragten stellen ein Fünftel aller Schüler in der DG dar.

Das Ministerium erhofft sich so ein möglichst genaues Bild der Ausgaben. Dadurch lässt sich die soziale Ungerechtigkeit erfassen und man kann versuchen diese zu mindern. Das Ziel dieser Aktion ist es, die finanzielle Belastung, die die Eltern zu tragen haben, zu reduzieren, um die Qualität des Schulbesuchs zu steigern. Der Minister leitete diese Aktion aus eigener Initiative in die Wege, ohne von den Schulen oder Eltern aufgefordert zu werden. Die Umfrage wird im Monat April durchgeführt und das Ergebnis ist voraussichtlich für Herbst 2011 zu erwarten. Die finanziellen Maßnahmen, dabei gab er keine konkrete Vorstellungen, werden erst gegen Ende der Legislaturperiode, also 2014, in Kraft treten. Im Augenblick leidet die DG noch unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Dominic Brandt

Frederic Offierski



Die Schulkosten bringen so manches Haushaltsbudget belgischer Familien ins Wanken.

 [Größeres Bild](#)